

Arbeitsmarkt

Politik für mehr Wachstum und Arbeitsplätze fortsetzen

Die jüngsten Zahlen der Bundesagentur für Arbeit belegen: Die Reformanstrengungen der letzten Jahre waren nicht umsonst. Deutschland hat alle Chancen, wieder zu einer verlässlichen Wachstumslokomotive in Europa zu werden. Die Arbeitslosigkeit ist auf dem niedrigsten Stand seit 12 Jahren.

Eine Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hat ergeben, dass die von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion maßgeblich mit gestaltete Reform des Arbeitsmarktes einen wichtigen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leistet. Die Betonung des Förderns und Forderns hat zu einer größeren Kompromissbereitschaft der Arbeitslosen bei der Arbeitssuche geführt. Offene Stellen werden wesentlich schneller wieder besetzt als vor der Reform. Besonders Stellen für Geringqualifizierte waren deutlich kürzer vakant. Wegen der positiven Erfahrungen hat rund jeder zehnte Betrieb in den letzten zwei Jahren zusätzliche Stellen für Geringqualifizierte geschaffen.

Fortschritte sind gerade auch im Bereich älterer Arbeitnehmer zu verzeichnen. Standen in Deutschland vor wenigen Jahren nur etwa 42 Prozent der über 55-jährigen in Beschäftigung, arbeitet hierzulande inzwischen ein größerer Anteil dieser Älteren als im Durchschnitt der EU.

Diese Entwicklung ist erfreulich; für ein bequemes Zurücklehnen besteht aber kein Anlass. Angesichts von immer noch über 3,5 Mio. Arbeitslosen ist unser Land bei weitem noch nicht über den Berg. Deswegen gilt es jetzt Kurs zu halten und weiterhin konsequent auf eine Politik für mehr Wirtschaftswachstum und weniger Arbeitslosigkeit zu setzen. Leider scheint dieses eindeutige Bekenntnis beim Koalitionspartner SPD abhanden zu kommen. Die SPD gibt der Linken nach und setzt auf

populistische Forderungen. CDU und CSU wollen, dass der Aufschwung bei denen ankommt, die ihn durch ihre tägliche harte Arbeit möglich gemacht haben.

Daher setzt sich die CDU/CSU-Bundestagsfraktion dafür ein, die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter zu senken – auch weil so die Voraussetzungen für neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Diese Beitragssenkung, die allen Arbeitnehmern zu Gute kommt, muss Vorrang vor neuen und längeren Transferleistungen haben. Anfang 2006 betrug der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung noch 6,5 Prozent. Würde er – wie von CDU und CSU gefordert – Anfang 2008 auf 3,5 Prozent gesenkt, hätte künftig ein Beschäftigter mit einem monatlichen Durchschnittsbrutto von 2.000 Euro jährlich über 400 Euro mehr im Geldbeutel.

Aufgabe muss es sein, Arbeitsplätze zu schaffen und nicht Arbeitslosigkeit zu verwalten. Das ist soziale Politik. Deshalb kommt eine Veränderung beim Arbeitslosengeld I nur dann in Frage, wenn diese annähernd aufkommensneutral ist. Die Forderungen des SPD-Vorsitzenden Beck kosten jährlich weit über eine Milliarde Euro. CDU und CSU wollen alles dafür tun, dass der Aufschwung dauerhaft ist. Daher muss eine konsequente Aktivierung von Arbeitslosen sowie eine Konzentration der bestehenden arbeitsmarktpolitischen Instrumente Vorrang vor der Ausweitung von Sozialtransfers haben.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

unser Land verzeichnet derzeit eine anhaltende Phase robusten Wirtschaftswachstums, sinkender Arbeitslosigkeit und steigenden Binnenkonsums. Die deutschen Exporte erklimmen Rekordmarken.



Die Entwicklung der Steuer- und Beitragseinnahmen entlastet zunehmend die öffentlichen Haushalte und Sozialkassen. All dies sind erfreuliche Nachrichten, zu denen nicht zuletzt eine konsequent auf Stärkung von Wachstum und Beschäftigung ausgerichtete Politik beigetragen hat. Die Koalition wäre gut beraten, wenn sie bei ihrer gemeinsamen Linie bliebe, die Bedingungen für Arbeit und Investitionen weiter zu verbessern und für Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme zu sorgen. Natürlich wecken sprudelnde Steuerquellen und Beitragseinnahmen Begehrlichkeiten. Dennoch: Wer jetzt meint, neue Wohltaten ankündigen zu können, der läuft Gefahr, das bisher Erreichte sehenden Auges zu gefährden.

Die vom SPD-Vorsitzenden Beck geforderte Verlängerung der Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld für Ältere bedeutet eine fundamentale Wende. Denn die unter SPD-Kanzler Schröder beschlossene Verkürzung der Bezugsdauer hat unzweifelhaft dazu beigetragen, gerade ältere Arbeitslose wieder schneller in Beschäftigung zu bringen. Diese von der Bundesagentur für Arbeit dokumentierten Erfolge sollten jetzt nicht gefährdet werden. Dass Becks überraschender Verstoß im unmittelbaren Vorfeld des SPD-Parteitages ganz offenbar dazu dient, den in Umfragen darniederliegenden Zustimmungsgewinn zu seiner Partei wieder aufzupolieren, sei nur am Rande erwähnt. Es muss in jedem Fall verwundern, dass er Anfang des Jahres den CDU-Vorschlag für eine Umstellung der Leistungsstaffelung beim Arbeitslosengeld vom Lebensalter auf die Beitragsdauer noch vehement abgelehnt hat.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag

Terrorismus / Online-Durchsuchungen

Kontrollgremium kann Vertrauen stärken

Das als „Online-Durchsuchung“ diskutierte Ermittlungsinstrument der Festplatten-Fahndung bleibt für CDU und CSU unverzichtbar, damit terroristische Vorbereitungshandlungen möglichst frühzeitig aufgedeckt werden können. Um das Vertrauen in dieses dringend benötigte Instrument zu stärken, könnte über die ohnehin vorgesehene richterliche Kontrolle hinaus ein parlamentarisches Kontrollgremium vorgesehen werden.

Alle maßgeblichen Sicherheitsexperten bestätigen in der umstrittenen Frage der „Online-Durchsuchung“ die Haltung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion: Die PC-Festplatte darf kein Bereich sein, in dem sich Terroristen vor staatlicher Überwachung sicher fühlen können. Die Computerfestplatte kann kein rechtsfreier Raum sein. Wenn terroristische Gruppierungen hoch konspirativ vorgehen und ihre Kommunikation überwiegend über den Computer abwickeln, müssen die Sicherheitsbehörden notfalls in die Lage versetzt werden, sich Einblicke auf die Rechner verschaffen zu können.

Die „Online-Durchsuchung“ braucht allerdings das notwendige

Vertrauen. Schließlich dürfen die Bürger nicht das Gefühl haben, dass bei ihnen in größerem Umfang und schon bei geringsten Anlässen ausgespäht wird. Die Forderung nach



hohen Hürden beim Einsatz von Online-Durchsuchungen ist deshalb verständlich. Die CSU-Landesgruppe steht deshalb allen Kontrollmaßnahmen, die Missbrauchsängste abbauen helfen, offen gegenüber.

Neben einer richterlichen Kontrolle ist deshalb eine zusätzliche parlamentarische Kontrolle durchaus vorstellbar. Eine solche Kontrolle könnte darin bestehen, dass entweder bereits bei Antragstellung oder unverzüglich nach Beendigung der Maßnahme die G 10-Kommission oder das Parlamentarische Kontrollgremium des Deutschen Bundestages in geeigneter Weise über die Maßnahme zu informieren ist.

Mit diesem Zugeständnis verbindet sich die politische Erwartung an den Koalitionspartner SPD, endlich seine ideologischen Bedenken fallen zu lassen und den Weg für das notwendige Ermittlungsinstrument freizumachen.

Diese Woche

Arbeitsmarkt

Politik für mehr Wachstum und Arbeitsplätze fortsetzen S. 1

Terrorismus/Online-Durchsuchung

Kontrollgremium kann Vertrauen stärken S. 2

Deutsch-Amerikanische Beziehungen

Gespräch mit US-Generalkonsul S. 2

Außenpolitik/Korea

Südkorea setzt auf deutsche Unterstützung S. 3

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Deutsch-Amerikanische Beziehungen

Gespräch mit US-Generalkonsul

Die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen und die Planungen der US-Administration für die weitere Unterhaltung amerikanischer Institutionen in Bayern waren Gegenstand eines ausführlichen Meinungsaustausches, zu dem die CSU-Landesgruppe den Gesandten der US-Botschaft, John König, sowie den US-Generalkonsul in München, Eric Nelson eingeladen hatte.

Das erstmals in dieser Form durchgeführte Treffen diente als Forum für die Diskussion der transatlantischen Beziehungen mit dem Schwerpunkt

USA-Bayern. Die Lage in Afghanistan und die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit gehörten zu den wichtigsten Gesprächsthemen.

Gerade ökonomisch sind Bayern und die USA eng miteinander



verknüpft. So sind die USA der wichtigste Handelspartner Bayerns. Umgekehrt sind die USA der größte ausländische Investor in Bayern. Im Freistaat sind

über 700 US-Firmen angesiedelt.

Die Teilnehmer waren sich einig, dass der wertvolle Gedankenaustausch dazu beitrug, die amerikanisch-bayerischen Beziehungen zu stärken. Der Dialog soll fortgesetzt werden.

Außenpolitik / Korea

Südkorea setzt auf deutsche Unterstützung

Zu einem Meinungsaustausch mit dem südkoreanischen Außenminister Song Min-Soon kam am Dienstag der Vorsitzende der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe und Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Hartmut Koschyk, zusammen.

Der Besuch des südkoreanischen Außenministers in Berlin erfolgte kurz nach der Teilnahme von Bundeswirtschaftsminister Michael Glos an der Asien-Pazifik-Konferenz der deutschen Wirtschaft sowie hochrangigen politischen Gesprächen in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul. Allein die dichte zeitliche Folge der politischen Gespräche unterstreicht die Intensität des Dialogs zwischen Deutschland und Südkorea.

Im Meinungsaustausch mit der deutsch-koreanischen Parlamentariergruppe des Bundestages betonte Außenminister Song Min-Soon, wie stark Südkorea auf deutsche Unterstützung für den Friedens- und Annäherungsprozess auf der koreanischen Halbinsel setzt. Song Min-Soon sieht nach dem notwendigen Einlenken Nordkoreas in der Nuklearfrage und

der dann möglichen Unterstützung des Landes durch die internationale



Gemeinschaft auch große Chancen für die deutsche Wirtschaft. Schließlich besteht bei der Verkehrsinfrastruktur, im Energiesektor sowie bei den Industrieanlagen Nordkoreas erheblicher Modernisierungsbedarf.

Außenminister Song Min-Soon stimmte auch der Absicht der Korea-Entschließung des Deutschen Bundestages von 2003 zu, die Sechs-Parteien-Gespräche zwischen den USA, China, Russland, Japan und den beiden koreanischen Staaten, nach Lösung der Nuklearfrage zu einem Multilateralen Dialogforum für Sicherheit und Zusammenarbeit in Nord-Ost-Asien weiterzuentwickeln, an dem sich auch die Europäische Union beteiligen sollte.

An dem Meinungsaustausch nahmen außerdem der außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Thomas Silberhorn, und der Obmann der CDU/CSU-Fraktion im Auswärtigen Ausschuss, Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, teil.

++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++ kurz notiert ++

Investitionsboom hält an

Die deutsche Wirtschaft blickt offensichtlich weiter überaus positiv in die Zukunft. Nach dem „Handelsblatt-Business-Monitor“ planen 39 Prozent der Unternehmen für die nächsten zwölf Monate eine Steigerung ihrer Investitionen. Nur fünf Prozent der Firmen haben nach den Ergebnissen der Umfrage unter 800 Führungskräften vor, weniger als zuletzt zu investieren.

Nettolöhne deutlich gestiegen

Entgegen in der Öffentlichkeit verbreiteten Meldungen sind die inflationsbereinigten Nettolöhne pro Stunde seit 1986 um 18 Prozent gestiegen. Zudem sind die tariflichen Arbeitszeiten deutlich gesunken. Mit 39,86 Mio. Beschäftigten haben so viele Menschen eine Arbeit wie nie zuvor in der Geschichte der Bundesrepublik.

General beklagt mangelnde Unterstützung des Afghanistan-Einsatzes

Der deutsche ISAF-General Bruno Kasdorf, Generalmajor und Chef des Stabes im Hauptquartier der Afghanistan-Schutztruppe ISAF in Kabul, hat angesichts der scharfen Kritik u.a. der Linkspartei, aus den Reihen der Grünen sowie aus Teilen der SPD-Linken mehr Rückhalt für die deutschen Soldaten gefordert. „Auf die Dauer erwarten wir schon, dass das, was wir hier machen, von unserer gesamten Nation auch mitgetragen wird“ (Stern 10.10.)

Nobelpreise stärken Aufbruchstimmung in der deutschen Forschung

Mit Prof. Dr. Ertl hat innerhalb von zwei Tagen der zweite deutsche Naturwissenschaftler die höchste wissenschaftliche Ehrung erhalten. Prof. Dr. Ertl hat jahrzehntelang hier in Deutschland geforscht und dabei bahnbrechende Ergebnisse erzielt - ebenso wie vor wenigen Tagen der mit dem Nobelpreis für Physik ausgezeichnete Prof. Dr. Grünberg (Helmholtz-Forschungszentrum Jülich).

Die Auszeichnung von Prof. Dr. Ertl ist der 17. Nobelpreis, der einem Wissenschaftler der Max-Planck-Gesellschaft seit 1948 verliehen wurde. Die Max-Planck-Gesellschaft versteht sich daher mit einigem Recht als die deutsche Nobelpreis-Schmiede. Ihr gelingt es auch besonders gut, renommierte ausländische Wissenschaftler zu gewinnen, bzw. exzellente deutsche Wissenschaftler aus dem Ausland nach Deutschland zurückzuholen. Die beiden jüngsten Erfolge werden die Attraktivität des Forschungsstandorts Deutschland mit Sicherheit erhöhen.